

Autoritärer Ständestaat und Anschluss an Hitler-Deutschland

Ständestaat:
die Entwicklung
im sozialen
Bereich stagniert

Wohlfahrt sollte
mehr der privaten
Vereinstätigkeit
überlassen werden

Die Vaterländische Front

Am 1. April 1934 trat in Wien eine neue ständisch-autoritäre Verfassung in Kraft. Bis April wurden 2.133 Personen verhaftet, die in Zusammenhang mit den Februarunruhen gebracht wurden. In den folgenden Monaten nahmen die Terrorattentate von Nationalsozialisten drastisch zu. Bei einem Putschversuch der Nationalsozialisten am 25. Juli 1934 wurde Bundeskanzler Engelbert Dollfuß ermordet. Kurt Schuschnigg wurde sein Nachfolger. Die Nationalsozialisten mussten vorerst kapitulieren und agierten ab da sehr aktiv im Untergrund.

Unter Tandler hatte sich ein Fürsorgesystem entwickelt, das sich klar von „Wohltäterei“ und „Nächstenliebe“ abgrenzte. Man sprach von „Pflicht der Gesellschaft“, „Recht auf Fürsorge“ und „Verantwortungspflicht“. Während des autoritären Ständestaates stagnierte jegliche Entwicklung im sozialen Bereich.

Die christliche Nächstenliebe wurde zum Grundsatz der Wohlfahrt erklärt. Religiöse und patriotische Sichtweisen traten in den Vordergrund. Zentrales Thema der Wohlfahrt waren der Familienschutz und die Familienfürsorge. Geburtenrückgang, Verelendung und Zerfall von Familien und ungeordnete Lebensverhältnisse waren Probleme, wogegen Maßnahmen ergriffen wurden.

Die Verfassung des Ständestaates sah keine eindeutige Regelung der Fürsorge mehr vor. Im Lehrplan des vom „Mutterschutzwerk der vaterländischen Front“ abgehaltenen Lehrgangs für Lehrerinnen an Mütterschulen wurden „die körperlichen sowie die hohen geistlichen Aufgaben der Frau in Familie und Volk“ beleuchtet.

Ziel im Ständestaat war es, die Wohlfahrt wieder verstärkt der privaten – und da vor allem der katholischen –

Vereinstätigkeit zu überlassen. Dies sollte mithelfen, die Verwaltungskosten zu senken und Fürsorgemittel zweckmäßig im Sinne des Ständestaates einzusetzen.

Statt Gemeindebauten wurden „Familienasyle“ gebaut, die mit kleinen, schlecht ausgestatteten Wohneinheiten versehen waren. Jedem Asyl war eine Fürsorgerin, ein Arzt und ein Seelsorger zugeteilt, deren Auftrag die „Erziehung zur gesunden Familie“ war.

In eigenen Katastern wurden Informationen über kinderreiche Familien gesammelt.

Die Eheberatung, die kurzfristig geschlossen war, wurde unter neuer Leitung und in Zusammenarbeit mit dem „Mutterschutzwerk der vaterländischen Front“ mit einem neuen Schwerpunkt wieder eröffnet. Aufgaben waren jetzt die

- erbbiologische und gesundheitliche Ehetauglichkeitsprüfung sowie
- Eheanbahnung für die „ehebereite Jugend“ auf religiöser Grundlage.

Das Wäschepaket wurde nur noch an bedürftige Mütter ausgegeben. Die Aufgabe der Jugendfürsorge war die „sittlich-religiöse Erziehung“.

Hilfebedürftige, die Unterstützung erhielten, bekamen ein „Fürsorgebuch“, um Missbrauch auszuschließen.

Das Kinderheim im Schloss Wilhelminenberg wurde geschlossen und die Sängerknaben wurden dort untergebracht. Während der Nazizeit wurde es dann zur Kaderschule und zum Erholungsheim für hohe SS-Mitglieder umfunktioniert.

Es kam zu politisch motivierten personellen Veränderungen in Bereichen des Fürsorgewesens und der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen.

Es blühte bereits der Geist der NSDAP. In Deutschland hatten die Nationalsozialisten schon 1920 ihr „ewiges und

unveränderbares" Programm formuliert. Es umfasste 25 Punkte und war in seinen antisemitischen und rassistischen Fragmenten von brutaler Deutlichkeit. So bezog sich Punkt 21 auf die „Hebung der Volksgesundheit" und „die Reinigung des Deutschen Volkskörpers". Fünf Jahre später schrieb Hitler in „Mein Kampf" konkret, dass der Staat die Aufgabe hätte, dafür zu sorgen, dass nur gesunde und rassistisch wertvolle Kinder gezeugt werden sollten, wohingegen erblich Belasteten und rassistisch Minderwertigen die Fortpflanzung verweigert werden sollte. Die NSDAP rechnete vor, dass ein gesundes Schulkind dem Staat nur 150 Reichsmark (RM) kostete, ein Heimkind jedoch 900 RM. Einige Heil- und Pflegeanstalten in Deutschland führten schon 1933 Sterilisationen gegen den Willen der Betroffenen durch. Bereits 1935 deutete Hitler an, dass er beabsichtige unheilbar Geistesranke beseitigen zu lassen. Dazu zählte er alle, die in irgendeiner Form vom damaligen Verständnis von Normalität abwichen, auch Prostituierte, Alkoholiker und Kriminelle. Wirtschaftlich erholte sich Österreich etwas. Durch Großprojekte wie den Bau der Glockner-Hochalpenstraße, der Wiener Höhenstraße und der Reichsbrücke sanken die Arbeitslosenzahlen leicht. Der Einfluss der Nationalsozialisten wurde aber immer stärker und auch Hitler verstärkte den Druck aus Deutschland, dem Kanzler Schuschnigg nicht standhalten konnte und schließlich Arthur Seyss-Inquart, einen Nationalsozialisten, zum Innenminister ernannte. Seyss-Inquart hatte in dieser Funktion den Oberbefehl über die Polizei. Schuschnigg versuchte noch – mit Hilfe einer Volksbefragung, die er für den 13. März 1938 ankündigte – das Ruder herumzureißen, doch drohte Hitler mit einem gewaltsamen Einmarsch, falls die Volksabstimmung nicht abgesagt werde. Am Abend des 11. März trat Bundes-

kanzler Schuschnigg zurück. Um Mitternacht ernannte Bundespräsident Miklas Seyss-Inquart zum neuen Bundeskanzler.

Am 12. März 1938 begann der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik wurden sofort nach dem Einmarsch verhaftet oder begingen Selbstmord, um der bevorstehenden Abschiebung in ein Konzentrationslager zu entgehen.

In den folgenden Tagen wurden Beamte, Polizei und Heer auf die neue Führung eingeschworen. Der „Bayrische Hilfszug" verteilte in den Arbeiterbezirken gratis Kartoffelgulasch. Die ersten „Kraft durch Freude"-Züge brachten Arbeiter zur Erholung nach Deutschland.

Als erste Maßnahme mussten alle Beamte einen Ariernachweis vorlegen. Juden und Mischlinge wurden außer Dienst gestellt. Aber auch ideologische Gründe zählten zur Außerdienststellung.

„Wohlfahrt" im NS-Staat

Fürsorge und Wohlfahrt hatten in der Ideologie des NS-Staates keinen hohen Stellenwert. „Der gesunde deutsche Mensch braucht sie nicht, ein anderer ist ihrer nicht wert," war der Standpunkt. Fürsorgerinnen, jetzt Volkspflegerinnen genannt, wurden zum Kontroll- und Vollzugsorgan des Staates. Bei der Auswahl des Personals spielte daher auch Neigung und Können keine Rolle mehr. Vielmehr zählte die politische Gesinnung und Verlässlichkeit.

Um die Bevölkerung besser überwachen zu können, schuf die NSDAP eine eigene Wohlfahrtsorganisation, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), und strebte die Umgestaltung des gesamten Wohlfahrtssystems an. So war die neue Zielsetzung darauf ausgerich-

1938: Einmarsch deutscher Truppen, Beamte mussten Ariernachweise vorlegen

Fürsorgewesen

Allgemeine Fürsorge

Grundsätze über die Auffassung und Durchführung der Fürsorge

Die Eingliederung der Ostmark in das Deutsche Reich bedeutet für die Fürsorgstätigkeit der Stadt Wien eine bedeutsame und tiefgreifende Wende, die nicht nur die Einführung eines neuen materiellen Fürsorgerechts brachte, sondern – und das ist das Wesentliche – eine neue geistige Einstellung schuf, die in den nationalsozialistischen Gedanken der Volksgemeinschaft wurzelt.

Auszug aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Wien 1938

NS-Fürsorge lehnte Unterstützung „Minderwertiger“ und „Asozialer“ ab

Erziehung zum „tüchtigen deut- schen Menschen, der rassebewusst in Blut und Boden wurzelt“

tet, nicht länger zugunsten des Einzelnen, sondern für die Volksgemeinschaft zu handeln. Unterstützung wurde nicht mehr nach Bedürftigkeit, sondern nach der Leistung des Betroffenen für die Volksgemeinschaft, gewährt. Auch erfolgte sie nur dann, wenn Leistungen für die Volksgemeinschaft mit erhöhter Belastung verbunden waren, z.B. Unterstützung für Familien, deren Ernährer bei der Wehrmacht war. Die Finanzierung erfolgte durch Spendensammlungen. Die Spenden waren verpflichtend (z.B. das Winterhilfswerk). Gleichzeitig wurde zur Gleichschaltung und Kontrolle aller Organisationen der freien Wohlfahrt die NSV mit der Leitung dieser Aktivitäten betraut.

Schwerpunkte der Wohlfahrt waren eindeutig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, diese erfolgte sehr gezielt durch Aufrüstung, Ausschaltung der Gewerkschaften, Beschränkung des Doppelverdienertums und Einführung des Reichsarbeitsdienstes sowie durch die „Erb- und Rassenpflege“. Die NS – Wohlfahrtspolitik lehnte die Fürsorge und Unterstützung „Minderwertiger und Asozialer“ strikt ab, weshalb kranke und behinderte Menschen nicht mehr befürsorgt und in den späteren Auswüchsen sogar ermordet wurden.

Das Jugendamt wurde in „Gaujugendamt“ umbenannt und die Eheberatungsstelle kam in der „Rassen- und Erbpflege“ zum Einsatz. Die Juristen, die bisher die Bezirksjugendämter geleitet hatten, wurden abgezogen. Vormünder wurden mit der Leitung betraut. Fürsorgerinnen mit Spezialaufgaben erhielten die Bezeichnung „Organisationsfürsorgerin“, „Fachfürsorgerin für Erziehungsberatung“ und „Funktionsfürsorgerin“.

Die bisher bestehende Akademie und die Arlt-Schule wurden geschlossen und

„die Soziale Frauenschule der Stadt Wien“ installiert. Die neue Fürsorgeausbildung war dominiert von der NS-Ideologie. Fächer wie Erb- und Rassenpflege, politische und weltanschauliche Schulung, deutsche Geschichte und Volkskunde ergänzten den Lehrplan. Die Erb- und Rassenpflege war die Grundlage nationalsozialistischer Aufbauarbeit. Die Erhaltung und Förderung, sowie Verbesserung des wertvollen Erbbestandes und die Ausmerzung kranker Bestandteile sowie Entfernung fremdrassiger Elemente waren die Grundsätze der NSDAP. Deklarierte Hauptaufgabe war es, den Einfluss des Judentums auszuschalten.

Bereits arbeitende Fürsorgerinnen mussten Fortbildungen absolvieren, um Anerkennung als „Volkspflegerin“ zu erlangen und auf die „Einheitsfürsorge“ vorbereitet zu werden. Zu den bisherigen Aufgaben kamen verstärkt gesundheitsfürsorgerische Tätigkeiten dazu.

1940 trat die „Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark“ (JWVO, RGBl.1S.519) in Kraft. Sie hatte das deutsche Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt von 1922 zum Vorbild. Diese besagte unter anderem:

„Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Staat ist Erziehung zur deutschen Volksgemeinschaft. Ziel der Erziehung ist der körperlich und seelisch gesunde, sittlich gefestigte, geistig entwickelte, beruflich tüchtige deutsche Mensch, der rassebewusst in Blut und Boden wurzelt...“

Die Aufgaben des Jugendamtes legte § 4 der Jugendwohlfahrtsverordnung fest. Diese waren:

- Schutz der Pflegekinder
- Mitwirkung im Vormundschaftswesen

- Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung
- Jugendgerichts- und Jugendpolizeihilfe sowie die Mitwirkung bei der Durchführung des Jugendschutzgesetzes
- Mitwirkung bei der Durchführung der Gesundheitsfürsorge

Das Jugendamt hatte die NSV und die Hitler Jugend (HJ) zur Mitarbeit heranzuziehen. Man erhoffte sich damit, die gesamte Jugend zu erfassen. Zur Verwirklichung des nationalsozialistischen Erziehungszieles wurden den Jugendämtern und der Zentrale „Beiräte“ beigelegt. Es waren dies Vormundschaftsrichter, Lehrer und der Kreisamtsleiter der NSV. Die NSV übernahm die Ausbildung von Privatvormündern und die Auswahl der Pflegefamilien. Das Wesen der Fürsorge war die „Überwachung der Minderjährigen und die Unterstützung der Eltern“. Um Kosten zu sparen sollte dadurch Verwahrlosung und Fremdunterbringung von Kindern verhindert werden.

Diejenigen, die dennoch in Heime kamen, wurden dort wie Gefangene gehalten, wurden zum Arbeitseinsatz eingeteilt, erhielten nur notdürftige Verpflegung und waren bestialischen Misshandlungen ausgesetzt. Und wenn sie aus den Heimen fliehen konnten, kamen sie nach ihrer Ergreifung in noch strengere Heime. Am meisten gefürchtet und verhasst war das Heim am Spiegelgrund. Aber nicht nur die in Heimen untergebrachten – weggesperrten – Kinder wurden körperlich gezüchtigt. Ein Betroffener, für den ich einmal seinen Jugendamtsakt aushob, war eine Zeit lang bei einer Pflegefamilie untergebracht. Er erzählte mir, dass in regelmäßigen Abständen die Fürsorgerin auf Hausbesuch kam. Wenn die Pflegemutter mit dem Bericht über seine „Schandtaten“ fertig war, erhielt er von ihr – der Fürsorgerin wohlgeemerkt – ein paar kräftige Ohrfeigen und manchmal „sogar richtige Prügel“. (Mein betroffene

nes „Heute arbeiten wir anders!“ quittierte er mit einem trockenen „Na hoffentlich!“).

Beamte und die Gestapo waren angehalten, sogenannte „Asoziale“ in Anstalten wie Arbeitshäuser einzuweisen. Als Asoziale galten Trinker, Zuhälter, Prostituierte, „gewöhnheitsmäßige Unterstützungswerber“ und Personen, die ihre Kinder verwahrlosen ließen. Im „Gau Wien“, der 2 Mio. Einwohner hatte, zählten 25 Prozent zu diesen „Asozialen“. Hitler hatte schon in „Mein Kampf“ von Wien als „Sündenpfuhl“ geschrieben.

Die NSV übernahm die Leitung und Führung der Kindergärten (private wurden geschlossen) und hatte somit die außerfamiliäre Erziehung von Kleinkindern unter Kontrolle. Auch hier erfolgte die Erziehung nach rassistischen Grundsätzen. Die Kleinen wurden gedrillt mit „Deutschem Gruß“ zu grüßen und wurden zu „tapferen Soldaten und liebenden, deutschen Müttern“ erzogen. Solidarität mit Schwächeren hatte in dieser Erziehung keinen Platz – nur Disziplin, gegenseitige Überwachung und absoluter Gehorsam gegenüber dem Führer und der Partei.

Die Nationalsozialisten schalteten alle Vereine und Organisationen, die eine andere Weltanschauung vertraten, rigoros aus. So kamen private Einrichtungen wie das Heim Biedermannsdorf und das Hyrtl'sche Waisenhaus in Mödling in die öffentliche Verwaltung. Das von Klosterschwestern geführte Heim „Hohe Warte“ übernahm die HJ, und es wurden dort – nun „Otto Planettahaus“ – Jugendliche zum Fronteinsatz ausgebildet.

Die Wehrmacht quartierte sich im Erziehungsheim Eggenburg ein. Die Jugendlichen wurden in andere Einrichtungen verlegt.

Einen hohen Stellenwert hatten die Mutterberatungsstellen. 1940 gab es insgesamt 110 solcher Stellen. In den

Kinder in Heimen waren Misshandlungen ausgesetzt

...Im Waisenhaus Hohe Warte wurde der Großteil der Zöglinge, und zwar 160 Knaben und 40 Mädchen, in die Jugendverbände der Partei, HJ und BDM sowie DJ und JM, eingegliedert. Anlässlich des 30-jährigen Bestandes der Anstalt fand eine Gedenkfeier statt. In der Erziehungsanstalt Eggenburg wurden am 31. August 1938 die Pavillons 4 und 5 der neuen Anstalt der Wehrmacht zur Unterbringung von Mannschaften überlassen...

800 Kinder wurden Opfer der Kindereuthanasie

Abscheuliche medizinische Versuche an Kindern

Randbezirken kamen mobile Mutterberatungen zum Einsatz. Es wurde Lebertran zur Rachitisprophylaxe ausgegeben und Bestrahlungen mit Höhensonne durchgeführt. Gut ausgebildete NSV-Schwestern unterstützten Ärzte und Fürsorgerinnen.

Das Kinderheim „Am Spiegelgrund“ und Kindereuthanasie

In der 1907 eröffneten Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof wurden während der nationalsozialistischen Ära geistig und körperbehinderte Menschen, die als „minderwertig und unwertes Leben“ bezeichnet wurden und denen die Lebensberechtigung abgesprochen wurde, Opfer der großen staatlich organisierten Massenmordaktion, der Euthanasie. Dieses Programm „Aktion T4“ - nach der Berliner Zentrale in der Tiergartenstraße 4 benannt - erfasste am Steinhof 4.432 Patienten, von denen bis 1941 mindestens 3.200 getötet wurden. Im August 1941 wurde die Aktion T4 auf Grund von massiven Protesten der katholischen Kirche offiziell gestoppt, doch ging das Töten als „wilde Euthanasie“ weiter.

1940 wurde am Gelände der Anstalt eine „Kinderfachabteilung zur wissenschaftlichen Erfassung erbbedingter schwerer Leiden“ eingerichtet. Die dort eingewiesenen Kinder wurden Opfer der 1939 beschlossenen Kindereuthanasie.

1942 kam es durch eine Kompetenzänderung im Magistrat zur Teilung der städtischen Jugendfürsorgeanstalt „Am Spiegelgrund“. Der Pavillon 7 wurde die Hauptabteilung zur „Führung eines Dauerheimes und Beobachtungsanstalt“. In den Pavillons 15 und 17 mit 220 Betten wurden jene Kinder, hauptsächlich Kleinkinder, die zu den minderwertigen gezählt wurden, aufgenommen. Diese Kinder und Neugeborene

waren primär Zielgruppe der Kindermordaktion.

Ärzte und Hebammen waren seit 1939 verpflichtet, Neugeborene mit angeborenen Leiden sowie Kleinkinder bis 3 Jahre mit diversen Leiden mittels eines Formblattes zu melden. Ebenso mussten Fürsorgerinnen Daten zum Abstammungsblatt für psychische Gutachten liefern. Diese Gutachten dienten als Grundlage für die Einstufung ins Euthanasieprogramm. Die Meldebögen wurden von Gutachtern mit „Plus“ und „Minus“ versehen, die damit über Leben und Tod entschieden.

800 Kinder wurden Opfer der Kindereuthanasie. Ihre sterblichen Überreste wurden erst am 28. April 2002 auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt. Die Tötungen erfolgten mit Morphin-Hypochloral, Luminal, sowie in der späteren „wilden Euthanasie“ durch Nahrungsentzug, also qualvolles Verhungern, aber auch dadurch, dass Kleinkinder im Winter in der Nacht ins Freie geschoben wurden und dort erfroren oder danach an unversorgter Lungenentzündung starben. Durch Hinaufsetzung der Altersgrenze auf 17 Jahre wurde der Opferkreis gegen Ende des Regimes noch beträchtlich erweitert.

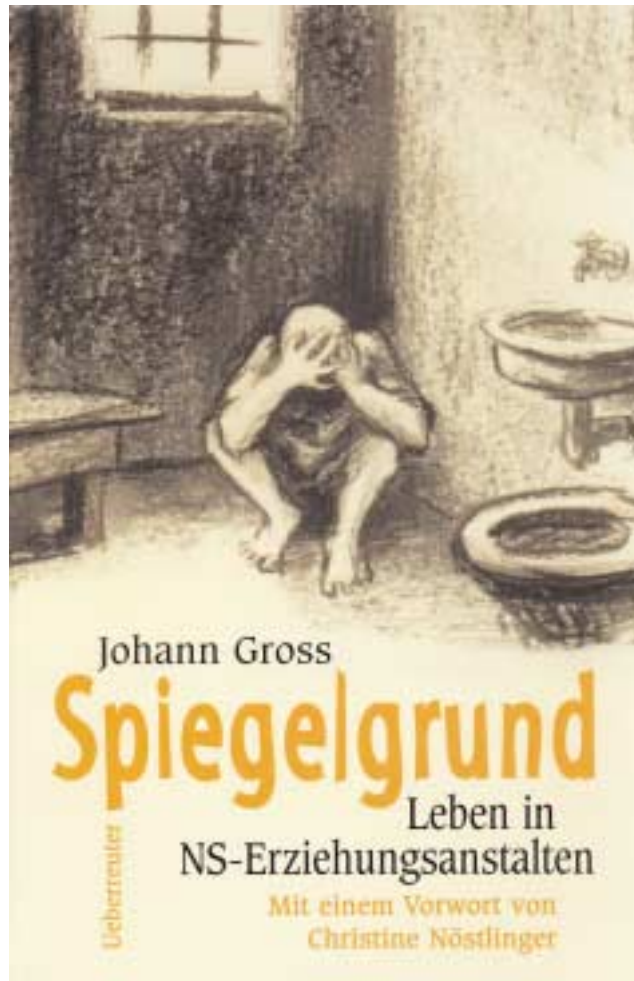
Aber auch im Pavillon 7, dem Kinderheim, wurden abscheuliche medizinische Versuche an Kindern vorgenommen. Im schon erwähnten Buch von Johann Gross erzählt dieser :

„Es begann wie immer: kalte Dusche, Kleiderwechsel und Absonderung in eine Einzelzelle. Wenn alles seinen richtigen Lauf nahm, würde ich also am kommenden Vormittag meine Zeche zu bezahlen haben. Als meine „Richter“ am Morgen in die Zelle kamen, hielt ich gleich wortlos meine linke Hand hin (bei der sogenannten Schwefelkur hatte mein Peiniger nämlich zwei Spritzen hergerichtet). Als ich wieder

allein in der Zelle war, richtete ich schnell einen Polster zum Niederknien her und dann konnte ich nur mehr auf die bald einsetzende Wirkung warten. Es dauerte nicht lange, bis die ersten Magenkrämpfe einsetzten und der erste Strahl in die Abortmuschel traf. Und wieder die gleiche Reaktion, wie ich sie schon beschrieben habe: Schmerzen im Bauch, dazu der ewige Brechreiz und vom vielen Würgen hatte ich auch im Hals große Probleme. Ich spürte nämlich bei jedem Erbrechen heftige krampfartige Schmerzen, andererseits war es aber völlig unmöglich, den Brechreiz zu unterdrücken."

Anlässlich einer Veranstaltung über die Kinder vom Spiegelgrund im Juni 1998 im WUK hatte ich Gelegenheit, die Lebensgeschichte einiger Überlebender zu hören. Ein Mann erzählte, dass er, weil er als Neunjähriger die Unterschrift seiner Eltern gefälscht hatte, von der „Fürsorge“ abgeholt wurde. Als er mit 15 Jahren vom Spiegelgrund entlassen wurde, wog er 29 Kilo. Eine Frau berichtete, dass sie als 13jährige gemeinsam mit ihrer Mutter von der Gestapo verhaftet wurde, da sie Zeugen Jehovas waren. (Zeugen Jehovas zählten ebenfalls zu den verfolgten Gruppen, da sie unter anderem den Wehrdienst und den Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie verweigerten). Sie erzählte, dass sie im Heim am Spiegelgrund als Sparmaßnahme ab April barfuß gehen mussten, gequält und schwer misshandelt wurden.

Während Verantwortliche für die Gräueltaten am Spiegelgrund nach 1945 Karriere machten, blieben die sogenannten „asozialen“ Kinder und Jugendlichen vom Spiegelgrund bis in die 90er Jahre diskriminiert. So mussten sie z.B. um Wiedergutmachung in Form von Renten aus dem Opferfonds jahrelange Prozesse führen. Erst in den letzten Jahren, als sich einige der Überlebenden an die Öffentlichkeit wandten, setz-



Johann Gross: „Spiegelgrund. Leben in NS-Erziehungsanstalten“

te ein Umdenken ein. Langsam beginnt eine Annäherung an dieses Thema und die damit im Zusammenhang stehenden Verbrechen von Angehörigen verschiedener Berufsgruppen.

Die Rolle der Fürsorgetätigkeit in der damaligen Zeit ist wenig erforscht. Die Vorstellung, dass Fürsorgerinnen damals in einem derart menschenverachtenden System bei der Bspitzelung, Denunziation und letztendlich Vernichtung von Menschen mitgewirkt haben, stößt heute in der Berufsgruppe auf Fassungslosigkeit. Dem Glauben an „verdeckt geleisteten Widerstand“ steht die Tatsache gegenüber, dass kaum Hinweise auf einen solchen zu finden sind. Und Erzählungen von Zeitzeugen bestätigen die Befürchtung, dass die damali-

Welche Rolle spielten die Fürsorgerinnen?

Wenig Dokumentationsmaterial

„Erbkranke“ und „Asoziale“ systematisch in Karteien erfasst

gen Mitarbeiterinnen der Wohlfahrt und des Jugendamtes in der Mehrzahl überzeugte Nationalsozialisten waren oder eine andere politische Gesinnung erfolgreich unterdrückt und verborgen haben. Es gibt nur sehr wenig Dokumentationsmaterial und wenige Zeitzeugenberichte. Ein Umstand, der angesichts des nun doch schon hohen Alters dieser Zeitzeugen dringendst erkannt werden sollte, um noch wertvolle Informationen zu erhalten, und endlich eine Aufarbeitung beginnen zu können.

Das tägliche Leben

Im April 1939 kamen 2.238 Kinder zur Welt. Es waren aber nur gesunde erwünscht. Die sogenannten „Erbkranken“ und „Asozialen“ wurden systematisch in Karteien erfasst. Bis Ende 1945 umfasste diese Kartei 350.000 Eintragungen. Ärzte, Lehrer und Fürsorgerinnen wurden angewiesen, auffällige Personen dem Gesundheitsamt zu melden.

Ende Mai 1939 waren bereits ein Drittel der ursprünglich 300.000 in Wien lebenden Juden ausgewandert. „Beraubt und gedemütigt“, wie es der Schriftsteller Robert Braun ausdrückte. Unter den Exilanten war auch Sigmund Freud, der eine Erklärung abgeben musste, dass er von den Nationalsozialisten gut behandelt worden war und der sarkastisch nachgefragt haben soll, ob er den Zusatz hinzufügen solle, dass er die Gestapo jedermann bestens empfehlen könne.

Den Verbliebenen wurde die Auswanderung immer schwieriger und teurer gemacht. Der Jesuitenpater Georg Bichlmair und Emanuela Kielmansegg, schon erwähnte Hauptfürsorgerin der Gemeinde Wien, verhalfen mit ihrer „Beratungsstelle für nichtarische Christen“ vielen Menschen durch illegale Spendensammlungen zur Flucht. Die Übernahme des Polizeijugendheimes in der Juchgasse durch das Jugendamt

erweiterte den Arbeitsbereich. Die Mitarbeiterinnen des Jugendamtes hatten nun auch Anzeigen der Polizei, Jugendliche betreffend, zu bearbeiten und Erhebungen durchzuführen. Es kam zu einem Anstieg der „Erziehungsfürsorge“. Ebenso übernahm das Jugendamt den Bereich der Schulgeldaushilfen, sowie die „Begabten- und Lehrlingsfürsorge“.

Lebensmittel und Kleidung wurden erstmals rationalisiert. Im September 1939 begann mit dem Einmarsch in Polen der 2. Weltkrieg.

Es wurden Erbgesundheitsgerichte eingerichtet, die im „Zweifelsfall“ über das Recht auf Fortpflanzung zu entscheiden hatten. Eine Verurteilung bedeutete Abstempelung als „rassisch minderwertig“ sowie Eheverbot und häufig Zwangssterilisation. Keines dieser Urteile wurde jemals wieder aufgehoben.

Im September 1940 entzog das Wiener Vormundschaftsgericht einem Ehepaar die Vormundschaft für seine Kinder, da diese nicht mit dem „Deutschen Gruß“ begrüßt hatten, wobei allerdings festgestellt wurde, dass die Kinder „sonst gut erzogen“ waren. Jüdischen Kindern wurde der Besuch öffentlicher Schulen untersagt.

Im Winter 1940/41 wurde für das „Winterhilfswerk (WHW)“ gesammelt. Offiziell wurde es als „der lebendige Ausdruck der tat gewordenen Volksgemeinschaft“ bezeichnet, inoffiziell nannten es die Wiener „wir hungern weiter“.

1941 veranstaltete das „Deutsche Frauenwerk“ ein Preisausschreiben zum Thema „die besten Rezepte mit roten Rüben“ und in Gasthäusern herrschte Annahmepflicht der roten Rübe als Beilage.

Die Anmeldefrist aller zehnjährigen Buben bei der „Hitlerjugend“ (HJ) begann

und Mädchen wurden für sechs Monate ins Deutsche Reich auf Arbeitsdienst geschickt. Im Sommer fuhren 400 Kinder im Rahmen der „Kinderlandverschickung“ in sichere Gebiete.

Im Dezember wurde bei der ersten interalliierten Konferenz die Wiederherstellung Österreichs als eines der Kriegsziele der Alliierten definiert.

Für die Wiener war vermutlich das wohl einzig erfreuliche Ereignis des Jahres 1941, dass Rapid Wien mit einem 4:3 über Schalke 04 Deutscher Meister wurde.

1942 wurden Schulen zum Teil an drei Tagen der Woche geschlossen, damit die Schüler am Ernteeinsatz teilnehmen konnten. Kinder und Jugendliche waren aufgerufen, Seidenraupen zu züchten. 18.000 Raupen wurden benötigt, um das Material für einen Fallschirm zu gewinnen.

Im Sommer wurden alle Heurigen per Verordnung bis auf weiteres geschlossen. Im Herbst wurde die tschechische Minderheit in Wien in ihren Freiheiten stark eingeschränkt. Ihre Vereine wurden verboten und ihr Vermögen eingezogen. Die letzten Sinti und Roma wurden nach Auschwitz gebracht.

1943 wurden Schüler der höheren Schulstufen als Luftwaffenhelfer und an der Flak ausgebildet sowie der Heimatfront unterstellt. Mädchen erhielten Ausbildung im Nachrichtenwesen und im Gesundheitsdienst.

Um Frauen zum Kinderkriegen zu animieren, wurden die Kleiderkarten für Schwangere um 50 Punkte aufgebessert. Jugendbanden („Schlurfs“) lieferten der HJ regelmäßig Schlachten, im Gegenzug schor ihnen die HJ Glatzen.

1944 rief Reichsleiter Bormann die Wienerinnen und Wiener verstärkt zur Fortpflanzung auf, auch zur Zeugung

von außerehelichen Kindern und zur Ehe zu Dritt: „Der Führer braucht Soldaten“. Der Gemeinderat beschloss im November die Schaffung von Ehevermittlungsstellen, in denen unter Achtung der erbbiologischen Gesetze die vielen Kriegswitwen zur Heirat vermittelt werden sollten.

Im April wurden alle Hauswände in Wien mit weißen Pfeilen markiert, um im Ernstfall die Orientierung zu den Luftschutzbunkern zu erleichtern. Die Bombardements der Alliierten begannen. Über Radio wurde Fliegeralarm gegeben. Christine Nöstlinger beschreibt das in ihrem Buch „Maikäfer flieg“ so:

„Der Volksempfänger spielte Marschmusik, dann hörte die Marschmusik auf, eine Stimme sagte: ‚Achtung, Achtung, feindliche Kampfverbände im Anflug auf Stein am Anger.‘ Nachher war keine Marschmusik mehr (...), kreischend kam es aus dem Volksempfänger ‚kuk kuk kuk kuk kuk kuk...‘. Das war das Zeichen, dass die Bombenflugzeuge auf Wien zuflogen.“

Am 21. Jänner 1945 war „Volksopfertag“. Wer noch was besaß, war aufgefordert, es zu spenden. Juden mussten ihre Winterkleidung abgeben.

Im Februar gingen die letzten beiden Judentransporte nach Theresienstadt ab.

Im März brach in Ottakring die Maul- und Klauenseuche aus.

Der Jahrgang 1929 wurde zum Volkssturm einberufen. Die Buben waren gerade 16 Jahre alt.

Im April wurde Wien zur Verteidigungszone ernannt. Frauen und Kinder wurden aufgerufen, die Stadt zu verlassen. Immer mehr Soldaten desertierten. Bei Ergreifung drohte ihnen die Hinrichtung. Einer Widerstandsgruppe gelang es, am Rathaussturm die rot-weiß-rote Fahne zu hissen.

Arbeitsdienst und „Kinderlandverschickung“

16-Jährige zum Volkssturm einberufen

Luftangriffe fordern zahlreiche Opfer und zerstören Wohnungen

Erste Gemeinderatswahl nach dem Krieg

Es kam zu einem Großbrand in Wien, aber es gab keine Feuerwehr mehr.

Die Rote Armee rückte vom Westen kommend immer näher, erreichte am 7. April Ottakring und am 10. April die Ringstraße. Am 13. April 1945 um 14 Uhr endete die Schlacht um Wien. Die Herrschaft der Nationalsozialisten in Österreich hatte 7 Jahre und 1 Monat gedauert.

Bei 52 Luftangriffen starben tausende Menschen. 1.184 Widerstandskämpfer wurden in Wien zum Tod verurteilt und hingerichtet. 86.875 Wohnungen waren zerstört. In Wien waren 35.000 Menschen obdachlos. Nur 140 Juden überlebten im Wiener Untergrund. Die Säuglingssterblichkeit lag bei 19 Prozent.

Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten schlossen sich zur SPÖ zusammen, Adolf Schärf wurde ihr erster Vorsitzender.

Am 17. April 1945 wurde Theodor Körner vom russischen Stadtkommandanten zum Bürgermeister der Stadt ernannt.

Am 21. April traf Karl Renner in Wien ein und begann sofort eine provisorische Regierung zu bilden, die am 27. April 1945 von der Sowjetunion anerkannt wurde.

Ottakring stand bis September unter russischer, dann unter französischer Besatzung.

Die Lage der Stadt war trist. Häuser, Brücken, Kanäle, Gas- und Wasserleitungen lagen in Trümmern. Tausende Menschen waren obdachlos und hungerten.

Im November wurden die ersten Gemeinderatswahlen abgehalten. Die Mandatsverteilung war 58 für die SPÖ, 36 für die ÖVP und 6 Mandate für die Kommunisten. Schwerpunkt der Stadt-

verwaltung war neben dem Wiederaufbau der Stadt auch die Jugend- und Altersfürsorge.

In Ottakring wurden im Krieg 2.499 Wohnungen zerstört. Aber auch die Wasserleitungen waren zum Teil zerstört und Verkehrsflächen voll Schutt der zerbombten Häuser. Im Sommer 1945 halfen viele tausende Ottakringer und Ottakringerinnen mit, diese Schuttberge zu beseitigen. Schwieriger war das schon die Wiederherstellung der Wasserversorgung, da es an Fahrzeugen mangelte, die die schweren Rohre transportieren konnten. Oft mussten diese mit Hilfe von Holzwalzen händisch viele Kilometer gerollt werden.

Bis 1949 wurden 52 Bombenrichter zugeschüttet, 52.000 Kubikmeter Schutt weggeräumt, 10.000 m² Straßenfläche angelegt, 19 Parkanlagen revitalisiert (diese waren im Krieg zu Friedhöfen umfunktioniert worden), der Bau der ersten Gemeindebauten der Nachkriegszeit mit 300 Wohnungen gestartet.

1951 fehlten wienweit noch 200.000 Wohnungen.